

Die Entwicklung der SED-Diktatur auf dem Lande

Die Landkreise Liebenwerda und Schweinitz
in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949



V&R Academic

Schriften des Hannah-Arendt-Instituts
für Totalitarismusforschung

Herausgegeben von Günther Heydemann

Band 58

Vandenhoeck & Ruprecht

Sebastian Rick

Die Entwicklung der SED-Diktatur auf dem Lande

Die Landkreise Liebenwerda und Schweinitz
in der Sowjetischen Besatzungszone
1945 – 1949

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISSN 2197-0971
ISBN 978-3-647-36970-9
Weitere Ausgaben und Online-Angebote
sind erhältlich unter www.v-r.de.

Mit 14 Tabellen.

Umschlagabbildung: Das Titelbild zeigt den Liebenwerdaer Landrat Paul Paulick (KPD)
zusammen mit Offizieren der Roten Armee während der 1. Bürgermeisterkonferenz
im Kreis Liebenwerda am 3. Juli 1945.
Quelle: © Kreismuseum Bad Liebenwerda

© 2016, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen /
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A.
www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der
vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Satz: Hannah-Arendt-Institut, Dresden

*In dankbarer Erinnerung an
Werner und Wally Bartzsch*

Für meine Familie

Inhalt

I.	Einleitung	11
1.	Forschungsstand	13
2.	Quellenlage	21
II.	Das Untersuchungsgebiet	23
1.	Der Landkreis Liebenwerda	23
2.	Der Landkreis Schweinitz	32
III.	Das Kriegsende 1945	41
1.	Die militärische Lage im April/Mai 1945	41
2.	Alliierte Luftangriffe in den letzten Kriegswochen	47
3.	Die Verbrechen der SS und Wehrmacht am Ende des Kriegs	50
3.1	Die Todesmärsche durch die Kreise Liebenwerda und Schweinitz	50
3.2	Das KZ-Außenlager Schlieben	54
3.3	Der „Durchhalteterror“ gegen die deutsche Bevölkerung	61
4.	Die Verbrechen der Roten Armee am Ende des Kriegs	66
4.1	Die „Partisanenbekämpfung“	66
4.2	Plünderungen, Vergewaltigungen und Morde	78
5.	Der Abzug der befreiten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter	89
6.	Selbstmorde	96
IV.	Der Verwaltungsaufbau nach dem Einmarsch der Roten Armee	107
1.	Die „Aktivisten der ersten Stunde“	107
2.	Der Aufbau der Verwaltung	113
2.1	Der Aufbau der Verwaltungen in den Städten und Gemeinden	113
2.2	Der Aufbau der Kreisverwaltungen	122
2.3	Die Entnazifizierung der Verwaltungen 1945/46	131
2.4	Der Aufbau der Polizei	142

8	<i>Inhalt</i>	
V.	Der Neuaufbau der Parteien	149
1.	KPD	149
2.	SPD	160
3.	Die bürgerlichen Parteien	168
VI.	Die Arbeit der sowjetischen Geheimdienste	183
1.	Die Befehlsgrundlage der sowjetischen Geheimdienste in Deutschland	183
2.	Die Arbeit der sowjetischen Geheimdienste im Untersuchungsgebiet	188
2.1	Die Ankunft der sowjetischen Geheimdienste	188
2.2	Die Zusammenarbeit mit den Deutschen	190
2.3	Die Verhaftungspraxis der sowjetischen Geheimdienste auf der Grundlage des NKWD-Befehls Nr. 00315	197
2.4	Die SMT-Verurteilten	211
2.5	Die Transporte in die NKWD/MWD-Speziallager	219
VII.	Die Vereinigung der KPD und SPD	231
1.	Die Zusammenarbeit von KPD und SPD in den Kommunalverwaltungen 1945/46	231
2.	Die „Aktionseinheit“ bis zum November 1945	237
3.	Die „Vereinigungskampagne“	243
4.	Der Zusammenschluss der beiden Parteien	261
VIII.	Die Bodenreform	267
1.	Die Vorbereitung der Bodenreform	267
2.	Die Bodenkommissionen	274
3.	Die Enteignung der Grundbesitzer über 100 Hektar Besitz	281
4.	Die Enteignung der „aktiven Nationalsozialisten“	293
5.	Die Aufteilung des enteigneten Bodens	303
6.	Die Lage der Neubauern	312

IX.	Die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung	319
1.	Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen und die Wiederingangsetzung der Wirtschaft nach dem Kriegsende	319
2.	Die sowjetischen Demontagen	324
3.	Die Enteignung und Entnazifizierung der Wirtschaft	340
3.1	Die erste Phase der Enteignungen nach dem Kriegsende	340
3.2	Die Entnazifizierung der Wirtschaft nach der Verordnung über die politische Säuberung der Wirtschaft vom 13. September 1945	353
3.3	Die Sequestrierung der Unternehmen und Betriebe nach dem SMAD-Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945	365
3.4	Die Enteignung der sequestrierten Unternehmen und Betriebe	376
X.	Die Kommunal- und Landtagswahlen 1946	393
1.	Die Wahlvorbereitungen und Wahlrechtsbestimmungen	393
2.	Die Behinderung der bürgerlichen Parteien	399
3.	Wahlanalyse	410
4.	Die Neukonstituierung der kommunalen Parlamente	426
4.1	Stadt- und Gemeindeparlamente	426
4.2	Kreistage	438
XI.	Die Festigung der Macht der SED	445
1.	Die politischen Säuberungen 1947/48	445
1.1	Die Weiterführung der politischen Säuberungen durch die Kontrollratsdirektive Nr. 24	445
1.2	Der Abschluss der Entnazifizierung nach SMAD-Befehl Nr. 201	456
2.	Die Stalinisierung der SED	464
2.1	Die Listenaufstellung während der Kommunalwahlen 1946	464
2.2	Innerparteiliche Konflikte 1947	469
2.3	Die Kreisparteitage und Kreisvorstandswahlen im Vorfeld des II. SED-Parteitags	476
2.4	Die Entstehung der „Partei neuen Typus“	482
2.5	Die politischen Säuberungen in der SED 1948/49	488
3.	Die Ausschaltung kritischer bürgerlicher Kommunalpolitiker in den Kreisverwaltungen	501
3.1	Kreis Liebenwerda	501
3.2	Kreis Schweinitz	514
4.	Die Volkskongressbewegung und Gründung der DDR	528

XII.	Zusammenfassung	543
XIII.	Anhang	559
1.	Abkürzungsverzeichnis	559
2.	Quellenverzeichnis	562
3.	Literaturverzeichnis	570
4.	Personenverzeichnis	580
5.	Danksagung	586

I. Einleitung

Nachdem am 8. Mai 1945 der Zweite Weltkrieg in Europa endete, wurde die deutsche Gesellschaft besonders im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) einem enormen politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozess unterworfen. Am Beispiel der zwei ostdeutschen Landkreise Liebenwerda und Schweinitz wird im Folgenden dieser Transformationsprozess zwischen den Jahren 1945 und 1949 analysiert. In dieser Studie wird dabei vorausgesetzt, dass es sich in der SBZ um eine politische und gesellschaftliche Transformation handelte, die in der Gründung der Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) mündete. Aus diesem Grund widmet sich die Untersuchung vor allem der Frage, wie sich diese „Diktaturdurchsetzung“ im Untersuchungsgebiet vollzog.¹ Man kann an dieser Stelle trefflich darüber streiten, ob nicht der Begriff „Diktaturdurchsetzung“ das Blickfeld des Forschers von vornherein zu sehr einengt, da die Ergebnisse des damaligen Handelns mit dieser Begriffsbestimmung vermeintlich bereits vorweggenommen werden. Da das Ergebnis dieses Prozesses, die SED-Diktatur, jedoch bekannt ist und in der Forschung nicht ernsthaft bestritten wird, beschreibt dieser Begriff, nach Ansicht des Verfassers, die geschichtliche Entwicklung in der SBZ am treffendsten. Der Begriff gewährleistet zudem einen konzentrierten Blick auf die Transformationsmaßnahmen, die die Bedingungen für die neue Diktatur schufen, und bewahrt vor der Abschweifung in unpolitische Themenkomplexe.

Der Terminus „Diktaturdurchsetzung“ darf allerdings nicht von vornherein dazu verleiten, einen geradlinigen Prozess in die Diktatur zu zeichnen. So gab es für die Besatzungsmacht und für die von ihr protegierte Kommunistische Partei Deutschland (KPD)/SED immer wieder Rückschläge bzw. andere Schwerpunktbildungen auf ihrem Kurs zur Diktatur. Die Hauptkritik gegen den Begriff der Diktaturdurchsetzung richtet sich aber gegen den darin verborgenen handlungstheoretischen Ansatz, der von dem intentionalen Handeln der geschichtlichen Akteure ausgeht. Die Befürworter des Begriffs „Diktaturdurchsetzung“ setzen voraus, dass die Akteure der sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD/SED während ihres Handelns zielgerichtet den Aufbau einer Diktatur seit Beginn der Besatzungszeit anstrebten. Systemische Zufälligkeiten im Handeln der Akteure wurden konsequent ausgeschlossen.² Detlev Brunner erwiderte den Befürwortern des Begriffs „Diktaturdurchsetzung“ kritisch,

- 1 In Bezug auf die Entwicklung in der SBZ wurde der Begriff „Diktaturdurchsetzung“ erstmals von Klaus-Dietmar Henke in die Forschungsdiskussion eingebracht. Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Deutschland – Zweierlei Kriegsende. In: Ulrich Herbert/Axel Schildt (Hg.), Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948, Essen 1998, S. 353.
- 2 Vgl. Rainer Behring/Mike Schmeitzner, Einleitung. In: dies. (Hg.), Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952, Köln 2003, S. 15.

dass dieser Begriff „die Abhängigkeiten und Interdependenzen zwischen strukturellen Prozessen und politisch Handelnden weitgehend“ ausblendete. Brunner vermisste den systemtheoretischen Zugang, z. B. indem er davor warnt, dass das komplizierte Beziehungsgeflecht zwischen deutscher Kommunalverwaltung, sowjetischer Besatzungsmacht und deutscher Bezirks- bzw. Provinzialverwaltung und die daraus resultierenden systemischen Zwänge auf die einzelnen Akteure nicht genug berücksichtigt wurden.³ Dem kann allerdings erwidert werden, dass es zwar zweifellos richtig ist, dass diese systemischen Zwänge auf die Handelnden wirkten und gleichfalls berücksichtigt werden müssen, doch bildeten diese nur einen Teil der Handlungsmotive der Akteure. Die folgende Studie basiert also auf einem Handlungsmodell, in welchem die geschichtlichen Akteure in jeder Lage für ihr eigenes Handeln voll und ganz verantwortlich sind.

Die Arbeit folgt nicht nur einem reinen struktur- bzw. politikgeschichtlichen Ansatz, der sich lediglich mit dem Wirkungsgefüge und den Entscheidungsspielräumen der deutschen sowie sowjetischen Institutionen beschäftigt. Die Studie versucht vielmehr darüber hinaus, die Wirkungen auf die deutsche Gesellschaft zu erfassen und zu beschreiben. So ist der Nachweis für die Diktaturdurchsetzung nicht nur dadurch zu erbringen, indem man das Handeln der Verwaltungen darstellt, sondern nur indem man zusätzlich dazu die Wirkungen dieses Handelns vor Ort in der Gesellschaft untersucht. Für diese sozialgeschichtlichen Untersuchungen wurde nicht nur statistisches Material aus den Verwaltungen ausgewertet, sondern es wurden immer wieder einzelne lokale Fallbeispiele dargestellt, die für das Verständnis des gesamten beschriebenen gesellschaftlichen Wirkungsprozesses exemplarisch waren.

Letztlich werden in dieser Arbeit schwerpunktmäßig die Umstände des Kriegsendes, der Neuaufbau der kommunalen Verwaltungen und Parteien, die Entnazifizierungsmaßnahmen, die Arbeit der sowjetischen Geheimdienste, die Bodenreform, die Vereinigung von KPD und SPD, die Umgestaltung der Wirtschaft, die Kommunal- und Landtagswahlen 1946 und die spätere politische Entwicklung bis in das Jahr 1949 innerhalb und außerhalb der SED behandelt. Dabei konnten einige Themenbereiche nicht analysiert oder nur gestreift werden, wie z. B. die Bildungs- bzw. Jugendpolitik, die Flüchtlings- bzw. Vertriebenenproblematik oder auch die materiellen Wiederaufbaubemühungen der deutschen Verwaltungen. Die Schwerpunktbildung orientierte sich vor allem an der politischen und gesellschaftlichen Erforschung der Diktaturdurchsetzung in der ländlichen Gesellschaft.

3 Vgl. Detlev Brunner, *Der Schein der Souveränität. Landesregierung und Besatzungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern 1945–1949*, Köln 2006, S. 7.

1. Forschungsstand

Eine in diesem Rahmen umfassende politik- bzw. gesellschaftsgeschichtliche Untersuchung im Zeitraum zwischen 1945 und 1949 existierte bisher für die beiden Landkreise Liebenwerda und Schweinitz nicht. Lediglich die Magisterarbeit von Torsten Lehmann, die sich im Jahr 1999 mit der Analyse der Bodenreform im Kreis Liebenwerda befasste, stellt die einzige bisher wissenschaftliche Studie zu einem der behandelten Themenkomplexe dar.⁴ Zwar wurden auch vor 1990 mehrere regionale Arbeiten zu einzelnen Themenfeldern, u. a. von Fritz Wilhelm und Kurt Pormann, veröffentlicht, doch konnten bzw. wollten sich diese nicht von der durch die SED vorgegebenen ideologischen Geschichtsinterpretation lösen.⁵ Wie sehr sich die SED und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) in die Erarbeitung der regionalen Geschichte einmischten, zeigt folgendes Beispiel: Nachdem Fritz Wilhelm im Jahr 1969 sein Manuskript zur „Geschichte der Arbeiterbewegung des Kreises Bad Liebenwerda 1945 bis 1949“ fertigstellte, wurde dieses vom FDGB-Vorstand des Kreises Bad Liebenwerda in 19 Punkten beanstandet. Dabei wurde u. a. bemängelt, dass Wilhelm bei der Darstellung der Vereinigung der KPD mit der SPD „zu stark die negativen Äußerungen“ zum Vereinigungsprozess gezeigt hätte.⁶ Eine politisch unabhängige Forschungsleistung war unter diesen Umständen ausgeschlossen. Trotz aller vorgegebenen Interpretationen durch die SED, dienten diese Schriften aber durchaus als wichtige Grundlage zur Erstellung dieser Arbeit, da hierin bereits wichtige Quellenmaterialien, welche heute teilweise nicht mehr vorhanden waren, aufgearbeitet bzw. aufgelistet wurden.

Auch für den gesamten Raum der SBZ existieren bisher kaum vergleichbare Regionalstudien. Wenn überhaupt, dann konzentrierten sich diese Studien fast ausschließlich auf den Raum der Großstädte. Die Hauptgründe dafür waren zum einen die bessere Quellengrundlage in den Städten und zum anderen die

- 4 Vgl. Torsten Lehmann, Die Bodenreform im Kreis Liebenwerda, Bad Liebenwerda 1999 (Magisterarbeit).
- 5 Vgl. z. B. Fritz Wilhelm, Sie kämpften für ein besseres Deutschland. Aufzeichnungen über den antifaschistischen Widerstandskampf im Kreis Liebenwerda, Bad Liebenwerda 1966; ders., Geschichte der Arbeiterbewegung des Kreises Bad Liebenwerda 1945 bis 1949 (KA Herzberg, Bestand Kreis Liebenwerda, G 851); Kurt Pormann, Die Durchführung der demokratischen Bodenreform im Kreis Schweinitz. Ein Beitrag zum 50. Jahrestag der KPD, Herzberg 1968; ders., Lebensbilder verdienter Parteiveteranen, Herzberg 1988; Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung Herzberg (Hg.), ... und der Zukunft zugewandt. Zur Geschichte des Kreises Herzberg/Schweinitz (1945 und 1946), Jessen 1959.
- 6 Vgl. Bad Liebenwerdaer Kreisvorstand des FDGB mit Änderungsvorschlägen zum Manuskript von Fritz Wilhelm an die Bad Liebenwerdaer Kreisverwaltung vom 4.7.1969 (KA Herzberg, Bestand Kreis Liebenwerda, G 851). Das 137-seitige Manuskript von Fritz Wilhelm wurde schließlich nicht gedruckt. Ob dabei allein politische Gründe eine Rolle spielten, konnte nicht geklärt werden. Da aber Wilhelm auch dieses Manuskript im Interpretationsrahmen der SED verfasste und auch später noch regionale Geschichtsarbeiten veröffentlichen durfte, können auch andere Gründe für das Ausbleiben der Veröffentlichung nicht ausgeschlossen werden.

größere Verflechtung der großstädtischen Kommunalpolitik mit den politischen Prozessen innerhalb des entsprechenden Landes bzw. der gesamten SBZ. Vor allem ist hierbei die Studie von Thomas Widera über Dresden in der Zeit zwischen 1945 bis 1948 zu nennen.⁷ Eine umfassende Analyse über den ländlichen Raum in der Zeit zwischen 1945 bis 1949 lag für die SBZ-Geschichte bisher nur von Matthias Helle vor. Helle untersuchte in seiner Dissertation den brandenburgischen Kreis Zauch-Belzig. Im Gegensatz zur vorliegenden Arbeit wurden darin aber einzelne Themenkomplexe, wie z. B. sowjetische Kriegsverbrechen, die Arbeit der sowjetischen Geheimdienste, die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien sowie die Umgestaltung und Entnazifizierung der Wirtschaftsordnung, nicht oder nur am Rande behandelt. Da sich das Untersuchungsgebiet Helles zudem im Land Brandenburg befand, unterschied sich die Initiierung und Umsetzung der politischen und gesellschaftlichen Transformationsmaßnahmen zum in dieser Studie untersuchten Gebiet im Land Sachsen-Anhalt teils erheblich.⁸

Weitere Studien über ländliche Regionen in der SBZ in der Zeit zwischen 1945 bis 1949 konzentrierten sich dagegen ausschließlich auf einzelne spezielle Themenkomplexe. Dabei spielte, wie kaum verwunderlich war, die Erforschung der Bodenreform die größte Rolle.⁹ Zu erwähnen wären aber auch die Studien von Alexander Sperk zur Entnazifizierung und Personalpolitik in der Stadt Köthen/Anhalt und von Heiko Tammerna über die sozialistische Arbeiterbewegung in Luckenwalde.¹⁰ Wesentlich mehr Interesse schenkte hingegen die Forschung bisher der Aufarbeitung der SBZ-Geschichte in der Provinz Sachsen/Sachsen-Anhalt.¹¹ Da das Gebiet der beiden Landkreise Liebenwerda und Schweinitz bis in das Jahr 1952 zur Provinz Sachsen bzw. zum Land

7 Vgl. Thomas Widera, *Dresden 1945–1948. Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft*, Göttingen 2004. In weitaus kleinerem Rahmen war hier noch die Studie von Rainer Behring über Chemnitz zu nennen. Vgl. Rainer Behring, *Die Zukunft war nicht offen. Instrumente und Methoden der Diktaturdurchsetzung in der Stadt: Das Beispiel Chemnitz*. In: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt (Hg.), *Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955*, Dresden 2001, S. 155–168.

8 Vgl. Matthias Helle, *Nachkriegsjahre in der Provinz. Der brandenburgische Landkreis Zauch-Belzig 1945–1952*, Berlin 2011.

9 Vgl. z. B. Peter Boigk, *Die Bodenreform im brandenburgischen Kreis Ostprignitz*, Berlin 1996 (Magisterarbeit); Boris Spix, *Die Bodenreform in Brandenburg 1945–1947. Konstruktion einer Gesellschaft am Beispiel der Kreise West- und Ostprignitz*, Münster 1997.

10 Vgl. Alexander Sperk, *Entnazifizierung und Personalpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone Köthen/Anhalt. Eine Vergleichsstudie (1945–1948)*, Dössel 2003; Heiko Tammerna, „Unser schönes rotes Luckenwalde“. Lager, Milieu und Solidargemeinschaft der sozialistischen Arbeiterbewegung zwischen Ausgrenzung und Verstaatlichung, Münster 2000.

11 Die preußische Provinz Sachsen wurde nach dem Wiener Kongress im Jahr 1816 gebildet. Am 1.7.1944 wurde die Provinz Sachsen infolge der Anpassung der Territorien an die neu entstandenen Reichsverteidigungsbezirke aufgelöst und in die Provinzen Halle-Merseburg und Magdeburg aufgeteilt. Unter der sowjetischen Besatzungsherrschaft entstand die Provinz Sachsen im Juli 1945 erneut. Das Land Anhalt wurde dabei der Provinz Sachsen, der ehemals zur Provinz Sachsen gehörende Regierungsbezirk Erfurt

Sachsen-Anhalt gehörte, konnte diese Arbeit an die in der Provinz bzw. im Land gewonnenen Forschungsergebnisse anknüpfen. Zwar liegt bisher keine zusammenfassende Studie über die SBZ-Geschichte für die Provinz Sachsen bzw. das Land Sachsen-Anhalt vor, aber z. B. die Arbeiten von Andreas Schmidt zur Vereinigung der KPD und SPD in der Provinz Sachsen, von Manfred Wille u. a. zur Bodenreform und zur Wirtschaftspolitik, von Rainer Karlsch zur Demontage- und Reparationspolitik der sowjetischen Besatzungsmacht und von Mathias Tullner zur Analyse der Wahlergebnisse im Jahr 1946 bildeten wichtige Voraussetzungen für das Verständnis der übergeordneten Prozesse innerhalb der Provinz bzw. des Landes Sachsen-Anhalt.¹²

Insgesamt unterschied sich nochmals der Aufarbeitungsgrad einzelner in der folgenden Arbeit analysierter Themenfelder sehr. Während zu einzelnen Themen, wie z. B. über den Aufbau der Parteien, die Bodenreform und die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, umfassende Forschungsergebnisse vorlagen, wurden andere Themen bisher in der Forschung so gut wie nicht behandelt.¹³

dagegen dem Land Thüringen angegliedert. Nach der Landtagswahl im Oktober 1946 bezeichnete man die Provinz kurze Zeit als Provinz Sachsen-Anhalt, um dann schließlich im Juli 1947 den Begriff Land Sachsen-Anhalt einzuführen. Vgl. Gerlinde Schlenker, *Geschichte Sachsen-Anhalts. Bismarckreich bis Gründung der Bezirke 1952*, Band III, München 1994, S. 9.

- 12 Vgl. Andreas Schmidt, „... mitfahren oder abgeworfen werden.“ Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der Provinz Sachsen/im Land Sachsen-Anhalt 1945–1949, Münster 2004; Manfred Wille, Die Verabschiedung der Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen. In: Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand?“ Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 87–102; Manfred Wille, Die Industrie Sachsen-Anhalts im Spannungsfeld zwischen Neuaufbau, Besatzungsregime und gesellschaftlichen Umbrüchen 1945–1947. In: Christoph Buchheim (Hg.), *Wirtschaftliche Folgelasten des Kriegs in der SBZ/DDR*, Baden-Baden 1995, S. 141–168; Manfred Wille, Entstehung und Liquidation eines selbständigen Landes Sachsen-Anhalt (1945–1952). In: Gerlinde Schlenker, *Geschichte Sachsen-Anhalts. Bismarckreich bis Gründung der Bezirke 1952*, Band III, München 1994, S. 194–224; Manfred Wille, Die Tätigkeit der Provinzialverwaltung/Landesregierung Sachsen-Anhalt im Spannungsfeld zwischen sowjetischer Besatzungsherrschaft, SED-Machtstreben und Eigenverantwortung (1945–1949). In: Detlev Brunner/Werner Müller/Andreas Röpcke (Hg.), *Land – Zentrale – Besatzungsmacht. Landesverwaltung und Landesregierung in der Sowjetischen Besatzungszone*, Frankfurt a. M. 2003, S. 107–134; Rainer Karlsch, „Rüstungsprovinz“ und Reparationsressource – Die Demontagen in Sachsen-Anhalt. In: Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hg.), *Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen*, Berlin 2002, S. 227–273; Mathias Tullner, *Zwischen Demokratie und Diktatur. Die Kommunalwahlen und die Wahlen zum Provinziallandtag in Sachsen-Anhalt im Jahre 1946*, Magdeburg 1996.
- 13 Vgl. zum Aufbau der Parteien z. B. Jürgen Frölich (Hg.), „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte der CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1994; Harold Hurwitz, *Die Anfänge des Widerstands. Teil 1: Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten*, Köln 1990. Vgl. zur Bodenreform z. B. Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand?“ Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996. Vgl. zur Vereinigung von KPD und SPD z. B.: Harold Hurwitz, *Die Anfänge des Widerstands*.

Nahezu neu war z. B. eine wissenschaftliche Analyse der Umstände des Einmarsches der Roten Armee. In der DDR-Literatur aus politischen Gründen konsequent verschwiegen, traute sich die Forschung bis heute nicht, die zahlreichen während des Einmarsches verübten Verbrechen der Soldaten der Roten Armee umfassend zu analysieren. Zum einen konnte dafür der Mangel an geeigneten Quellen, zum anderen aber auch politische Intentionen verantwortlich gemacht werden. Wenn überhaupt, dann wurde bisher lediglich im Zusammenhang mit dem Themenkomplex Flucht und Vertreibung über Verbrechen der Roten Armee im Gebiet jenseits der Oder und Neiße ausführlich geschrieben.¹⁴ So nahm die Forschung bisher allgemein an, dass die Intensität der Verbrechen der Roten Armee nach der Überquerung der Oder und Neiße in der letzten Phase des Kriegs wieder abnahm.¹⁵ Eine dezidierte Forschung, z. B. mit den seit dem Jahr 2009 zugänglichen Standesamtsakten, wurde dazu bisher aber nicht durchgeführt. Dagegen war interessanterweise die Heimatgeschichtsschreibung im Untersuchungsgebiet viel weiter. In zahlreichen, meist von Zeitzeugen verfassten Artikeln in den Heimatkalendern der Region arbeiteten diese ihre oftmals traumatischen Erlebnisse während dieser Zeit auf und bildeten damit eine wichtige Literatur- sowie Quellengrundlage zum Thema.¹⁶

In einem ähnlichen Zusammenhang stand auch die Auseinandersetzung mit den zahlreichen am Kriegsende verübten Selbstmorden. Die Zurückhaltung der Forschung basiert in diesem Fall zudem wohl auch auf der bis heute andauernden gesellschaftlichen Tabuisierung des Themas Selbstmord. So war es kaum verwunderlich, dass die einzige bisher veröffentlichte Arbeit über Selbstmorde im Dritten Reich im englischsprachigen Raum erschien. Diese von Christian Goeschel erarbeitete Studie befasste sich allerdings nur in einem gesonderten Kapitel mit den Selbstmorden während des Kriegsendes 1945. Er verschwieg dabei nicht den Wirkungszusammenhang zwischen nationalsozialistischer

Teil 2: Zwischen Selbsttäuschung und Zivilcourage: Der Fusionskampf, Köln 1990; Friederike Sattler, Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46. In: Manfred Wilke (Hg.), Die Anatomie der Partei-zentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 119–212.

- 14 Vgl. z. B. Theodor Schieder, Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, 3. Band, Bonn 1960.
- 15 Vgl. Horst Boog/Richard Lakowski, Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945. Die militärische Niederwerfung der Wehrmacht, München 2008, S. 740; Hubertus Knabe, Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland, Berlin 2008, S. 78. Ebenso schrieb Jürgen Thorwald direkt in Bezug auf die Truppen der 1. Ukrainischen Front, dass deren Gardetruppen, die das Untersuchungsgebiet besetzten, nach dem Angriff am 16.4.1945 „stärkere Zuhaltung und Disziplin“ als zuvor zeigten. Vgl. Jürgen Thorwald, Die große Flucht. Niederlage, Flucht und Vertreibung, München 2005, S. 545.
- 16 Vgl. z. B. Heimatkalender für den Altkreis Bad Liebenwerda, das Mückenberger Ländchen, Ortrand am Schraden, Falkenberg und Uebigau 1995, Bad Liebenwerda 1994; Heimatkalender. Heimatkundliches Jahrbuch für den Altkreis Bad Liebenwerda, das Mückenberger Ländchen, Ortrand am Schraden, Falkenberg und Uebigau 2006/2007, Bad Liebenwerda 2006.

Propaganda und tatsächlich erlebter Gewalt von Rotarmisten gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung auf die hohe Selbstmordrate am Ende des Kriegs.¹⁷ Somit widersprach er der Deutung, dass es sich bei den zahlreichen Selbstmordopfern in erster Linie um überzeugte Nationalsozialisten oder von der goebbelschen Propaganda beeinflusste Personen handelte, die angesichts der unabwendbaren Niederlage ihrem Leben ein Ende setzten.

Der Mangel an Regionalstudien war ebenso vor allem dafür verantwortlich, dass dem Wiederaufbau der Verwaltungen unmittelbar nach Kriegsende bisher kaum Beachtung geschenkt wurde. Besonders die Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht wurde dabei bisher nur ungenügend erforscht. Obwohl dieser Punkt von zentraler Bedeutung für das Verständnis des Diktaturdurchsetzungsprozesses ist, wurden in der Wissenschaft bisher oftmals nur das Verhalten der Antifa-Komitees sowie der nach Deutschland zurückgekommenen KPD-Initiativgruppen ausführlicher untersucht.¹⁸ Insbesondere die Arbeit der Besatzungsoffiziere in der 1. Weißrussischen bzw. 1. Ukrainischen Front, die unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee die wesentlichen personellen und strukturellen Weichen für den Verwaltungsaufbau stellten, bedarf jedoch einer weiteren ausführlichen Analyse, die allerdings nur mit intensiver Recherche in russischen Archiven geleistet werden könnte. So wurde beispielsweise, wie Jan Foitzik zu Recht bemängelte, die Wirkung der am 13. Mai 1945 vom Kriegsrat der 1. Ukrainischen Front erlassenen Richtlinien zum Verwaltungsaufbau auf die Wiedereinrichtung der deutschen Verwaltungen bisher nicht näher erforscht.¹⁹

Erstaunlicherweise weist die Untersuchung der Umgestaltung der Wirtschaftsordnung in der SBZ ebenso mehrere Forschungslücken auf. Während die Erforschung der sowjetischen Demontage- und Reparationspolitik für den Bereich der SBZ bereits weit fortgeschritten ist, wurde besonders der rigorose Enteignungsprozess in den Jahren 1945/46 in vielen Fällen nur sehr oberflächlich behandelt.²⁰ Auch wenn z. B. Winfrid Halder bzw. Friederike Sattler für die Länder Sachsen oder Brandenburg die Wirtschaftspolitik in den ersten Nachkriegsjahren ausführlich untersuchten, so kam doch auch bei ihren Analysen die Untersuchung der ersten „wilden Enteignungen“ sowie der

17 Vgl. Christian Goeschel: *Suicide in Nazi Germany*, Oxford 2009, S. 149–166.

18 Vgl. z. B. Jeannette Michelmann, *Aktivisten der ersten Stunde. Die Antifa in der Sowjetischen Besatzungszone*, Weimar 2002; Gerhard Keiderling, „Gruppe Ulbricht“ in Berlin. Von April bis Juni 1945, Berlin 1993.

19 Vgl. Jan Foitzik, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion*, Berlin 1999, S. 331 f.

20 Vgl. zur sowjetischen Demontage- und Reparationspolitik: Rainer Karlsch, *Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953*, Berlin 1993; Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hg.), *Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen*, Berlin 2002; Bogdan Musial, *Stalins Beutezug. Die Plünderung Deutschlands und der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht*, Berlin 2010.

Sequestrierungsprozess nach dem SMAD-Befehl Nr. 124 viel zu kurz.²¹ Insbesondere eine umfassende Untersuchung zur Entstehung und Umsetzung des SMAD-Befehls Nr. 124, der bisher immer noch allgemein als Ausgangspunkt der späteren Enteignung angesehen wird, ist sprichwörtlich überfällig.

Eine weitere auffallende Forschungslücke zeigte sich bei der Analyse der Kommunal- und Landtagswahlergebnisse im Jahr 1946. Während die Vorbereitungen zu den Wahlen und die bewusste Behinderung der bürgerlichen Parteien vor allem von Stefan Creuzberger und Karl-Heinz Hajna ausgiebig erforscht wurden, fehlt bis heute eine komplexe vergleichende Untersuchung der Wahlergebnisse im ländlichen Raum.²² Dies überraschte umso mehr, da die Wahlergebnisse 1946 die einzige freie Willensäußerung der gesamten Bevölkerung in der SBZ/DDR bis 1989 darstellten. Auf die gesamte SBZ bezogen, legte bisher nur Günter Braun bereits im Jahr 1986 eine Wahlanalyse vor. Trotz der damaligen eingeschränkten Quellenbasis konnte er in dieser Studie viele Kontinuitäten zum Wahlverhalten vor 1933 aufzeigen.²³ Auch wenn Braun keine regionale Forschungsperspektive anwendete, konnten aber seine bereits damals getroffenen Erkenntnisse in dieser Arbeit weitestgehend bestätigt werden.

Wie hier exemplarisch gezeigt wurde, existieren immer noch zahlreiche einzelne Forschungslücken zur SBZ-Geschichte, die mit dieser regionalgeschichtlichen Untersuchung zu großen Teilen geschlossen werden sollen. Die zentrale und gleichfalls umstrittenste Forschungsfrage zur SBZ-Geschichte war jedoch, ob die sowjetische Führung seit Beginn der Besatzung einen Plan zur Diktaturdurchsetzung verfolgte oder erst später angesichts der internationalen Entwicklung dazu überging. Insbesondere Manfred Wilke und Mike Schmeitzner sprachen sich klar für das Vorhandensein eines detaillierten sowjetischen Plans zur Etablierung eines sozialistischen Systems seit dem Kriegsende aus. Manfred Wilke sprach z. B. von der „KPD als Instrument der sowjetischen Deutschlandpolitik“ und versuchte dies mit den Planungen der Exil-KPD vor dem Kriegsende in der Sowjetunion zu belegen.²⁴ Mike Schmeitzner ging als Beleg dafür ebenso auf die Planungen der KPD vor Kriegsende ein. Nach Schmeitzner

21 Vgl. Winfrid Halder, Modell für Deutschland. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverwaltung in Sachsen 1945–1948. Ein Beitrag zur Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland, Dresden 1999; Friederike Sattler, Wirtschaftsordnung im Übergang. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–1952, Teilband I und II, Münster 2002.

22 Vgl. Stefan Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar 1996, S. 44–110; Karl-Heinz Hajna, Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ. Eine Untersuchung der Begleitumstände der Wahl, Frankfurt a. M. 2000.

23 Vgl. Günter Braun, Determinanten der Wahlentscheidungen in der sowjetischen Besatzungszone 1946. In: Deutsche Studien, XXIV (1986), S. 341–357.

24 Vgl. Manfred Wilke, Kommunismus in Deutschland und Rahmenbedingungen politischen Handels nach 1945. Zur Einführung. In: ders. (Hg.), Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 36–40.

versuchte die KPD in Abstimmung mit der sowjetischen Besatzungsmacht mit einem „flexiblen Volksfrontkonzept“ jedoch nicht nur in der SBZ ihre Machtgrundlage aufzubauen, sondern in ganz Deutschland.²⁵

Auch Gerhard Wettig legt sich in seinem erst kürzlich erschienenen Kommentar zum veröffentlichten „Tulpanov-Bericht“ eindeutig fest. Er schrieb: „Der Besatzungspolitik in der SBZ lag das gleiche, auf Einführung des Sozialismus und Eingliederung in das äußere Imperium der UdSSR abzielende Konzepts Stalins zugrunde wie dem Vorgehen in den anderen von der Roten Armee eroberten Ländern. Lediglich Zeitfolge und Ausführungsmodus variierten entsprechend den unterschiedlichen Umständen. Die Absicht betraf ganz Deutschland, konnte aber nur in der SBZ verwirklicht werden, weil die USA nicht abzogen, sondern die Funktion der Gegenmacht übernahmen. Der Sowjetisierungskurs in Deutschland war kein Ergebnis der Konfrontation mit den Westmächten, sondern diese ging umgekehrt auf die Politik der Systemtransformation in der SBZ zurück [...]“.²⁶

Detlev Brunner konstatierte dagegen bei seiner Untersuchung zur Landesregierung und Besatzungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1947 zwei parallele Entwicklungen. Zum einen beobachtete er eine „kommunistische Machterringung nach dem Orientierungsrahmen der Moskauer Nachkriegsplanungen“, zum anderen aber auch das „Anknüpfen an traditionelles Verwaltungshandeln und entsprechende Kompetenzen sowie das Entstehen von Strukturansätzen demokratischer nichtkommunistischer Provenienz“.²⁷ Daraus schlussfolgerte er, dass es seit Beginn der Besatzungszeit keine „gesteuerte Politik der Diktaturerrichtung und -durchsetzung mit Hilfe des Instrumentes KPD/SED“ gab.²⁸ Brunner schrieb über die Ziele der Besatzungsmacht: „Im Vordergrund standen die Interessen der Besatzungsmacht, die in erster Linie wirtschaftlich und sicherheitspolitisch definiert waren. Die Strukturen des besetzten deutschen Gebietes scheinen demgegenüber zunächst sekundär gewesen zu sein. Wesentlich war die Frage der Kontrollierbarkeit.“²⁹

Auch Stefan Creuzberger formulierte die These, dass die sowjetische Führung bei Kriegsende über noch kein „umfassendes, bis ins letzte Detail ausformuliertes Gesamtkonzept zur politischen Umgestaltung der sowjetischen Besatzungszone verfügte“.³⁰ Mit der Einrichtung und Organisation der SMAD

25 Vgl. Mike Schmeitzner, „Die Kommunistische Partei will nicht Oppositionspartei sein, sondern will Staatspartei sein.“ Die KPD/SED und das politische System der SBZ/DDR (1944–1950). In: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals (Hg.), Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955, Göttingen 2006, S. 310.

26 Gerhard Wettig (Hg.), Der Tjul’panov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2012, S. 138.

27 Brunner, Der Schein der Souveränität, S. 393.

28 Ebd., S. 394.

29 Ebd., S. 394 f.

30 Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht, S. 177.

ab dem 9. Juni 1945 sowie mit der Einsetzung des überzeugten Stalinisten Sergej Tulpanow als Chef der Propagandaverwaltung der SMAD änderte sich dies nach der Darstellung von Creuzberger jedoch sehr schnell.³¹ Creuzberger fokussierte sich aber bei seiner Untersuchung sehr stark auf die sowjetische Besatzungsmacht und gestand den deutschen Kommunisten bzw. Verwaltungen nur sehr geringen Handlungsspielraum zu.

Norman M. Naimark nahm eine ähnliche Position wie Creuzberger ein. Er schrieb: „Sowjetische Offiziere bolschewiserten die Besatzungszone nicht, weil es einen Plan dazu gab, sondern weil es die einzige ihnen bekannte Möglichkeit war, eine Gesellschaft zu organisieren.“³² Naimark stieg in seiner Untersuchung jedoch nicht tiefer in einzelne Transformationsprozesse in der SBZ ein und begründete die festen Ergebnisse der Diktaturdurchsetzung nicht mit dem intentionalen Handeln der Besatzungsmacht, sondern lediglich mit „systemischen Zufälligkeiten“ wie den sozialen Prägungen der Rotarmisten.

Am deutlichsten positionierte sich bisher Wilfried Loth gegen einen von der sowjetischen Besatzungsmacht systematisch durchgesetzten Stalinisierungsplan in der SBZ. Er formulierte die provokante These, dass Stalin bis zu seinem Tod 1953 höchstpersönlich ein nach westlichen Maßstäben demokratisches Deutschland anstrebte. Hauptsächlich aus Angst vor einer Teilung Deutschlands und den daraus resultierenden Kriegsrisiken soll Stalin lediglich an der Umsetzung des „Potsdamer Demokratisierungsprogramms“ interessiert gewesen sein.³³ „Als Hauptverantwortlichen“ für die Entstehung des „real existierenden Sozialismus der DDR“ machte Loth dagegen Walter Ulbricht aus, der zusammen mit einflussreichen sowjetischen Besatzungsoffizieren gegen den Willen Stalins im Jahr 1948 die kommunistische „Machtergreifung“ durchsetzte.³⁴

Die folgende Arbeit wird aufgrund ihres regionalgeschichtlichen Bezugs nicht die große Forschungsfrage zu den Plänen der sowjetischen Besatzungsmacht endgültig klären können, doch kann sie mit der Beschreibung der Umsetzung der Transformationsmaßnahmen vor Ort zumindest einen Beitrag zur Lösung dieser zentralen Frage anbieten. So war es bei mehreren Autoren auffällig, dass sie die konkrete Umsetzung der einzelnen politischen und gesellschaftlichen Transformationsmaßnahmen vor Ort bei der Bearbeitung dieser Frage zum Teil kaum berücksichtigten.

31 Vgl. ebd., S. 178.

32 Norman M. Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1997, S. 586.

33 Vgl. Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, Berlin 1994, S. 223.

34 Vgl. ebd., S. 226.

2. Quellenlage

Die Quellenlage war bei der Bearbeitung der einzelnen in der Arbeit behandelten Themenkomplexe sehr unterschiedlich. Besonders zum ersten großen Themenschwerpunkt „Kriegsende“ waren nur sehr wenige schriftliche Quellen vorhanden. Mit den Beständen des deutschen Militärarchivs in Freiburg ließ sich die militärische Lage aus deutscher Sicht am Ende des Kriegs recht gut nachvollziehen. Ohne Zugriff auf große russische Quellenbestände war es allerdings sehr schwierig, die Intentionen und das Verhalten der sowjetischen Militärs bei der Besetzung des Untersuchungsgebiets zu analysieren. So stellte der Mangel an zugänglichen russischen Quellen für die Untersuchung der beiden Landkreise ein großes Problem dar. Meist konnte nur aus deutschen Quellen das Verhalten der sowjetischen Besatzungsmacht nachvollzogen werden. Besonders wichtig war zum Verständnis des Verhaltens der sowjetischen Soldaten unmittelbar nach dem Einmarsch sowie zur Untersuchung der zahlreichen Selbstmorde die Auswertung der lokalen standesamtlichen und kirchlichen Sterbebücher. Die Einsicht in die standesamtlichen Sterbebücher wurde erst im Jahr 2009 für die Forschung freigegeben.

Wie bereits angedeutet, spielten bei der Untersuchung der Umstände des Einmarsches der Roten Armee auch die bereits in den regionalen Heimatkalendern veröffentlichten Erinnerungsberichte zum Kriegsende eine wichtige Rolle. Ebenso waren die erst seit 2007 gänzlich für die Öffentlichkeit zugänglichen Bestände des Internationalen Suchzentrums des Roten Kreuzes in Bad Arolsen ein unverzichtbarer Bestandteil zur Erforschung der Geschichte des KZ-Außenlagers Schlieben, der Todesmärsche durch das Untersuchungsgebiet sowie zum Zwangsarbeitereinsatz im Dritten Reich.

Für den Verwaltungsaufbau in den einzelnen Städten und Gemeinden war vor allem in den Stadtarchiven in Bad Liebenwerda, Herzberg, Mühlberg, Orttrand und Elsterwerda Quellenmaterial vorhanden. Besonders das Stadtarchiv Bad Liebenwerda war davon mit seinen gut sortierten und umfassenden Beständen auch für weitere Themenkomplexe von großer Wichtigkeit für die Erstellung dieser Arbeit. Der größte Teil der schriftlichen Quellen für diese Studie befand sich jedoch im sachsen-anhaltinischen Hauptstaatsarchiv in Merseburg und Magdeburg. In Merseburg lagern die Aktenbestände der beiden Kreisverwaltungen Liebenwerda und Schweinitz, der Bezirksverwaltung Merseburg sowie der KPD-, SPD- und SED-Bezirks- bzw. Provinzialparteiorganisationen. In Magdeburg werden die Akten der Provinzial- bzw. der späteren Landesverwaltung aufbewahrt. Besonders für die Themenkomplexe zum Aufbau der Verwaltungen, der Entnazifizierung, der Bodenreform, zur Verstaatlichung der Wirtschaft und zu den Wahlen 1946 waren die umfangreichen Aktenmaterialien des sachsen-anhaltinischen Hauptstaatsarchivs unverzichtbar. Dennoch gab es in diesen Beständen auch mehrere Lücken. Insbesondere zur Entnazifizierung und teilweise auch zur Verstaatlichung der Wirtschaft waren die wichtigen Protokolle der Kreissäuberungsausschüsse bzw. der Kreissequesterkommissionen

nur unvollständig erhalten. Ebenso fehlten für beide Kreise die Protokolle der Kreisbodenkommissionen. Während besonders für die Arbeit der beiden Kreisverwaltungen umfassende Aktenbestände vorhanden waren, behinderte dieser Quellenmangel teilweise die Erforschung der Arbeit der außerhalb der Verwaltungen angesiedelten Ausschüsse und Kommissionen zur Transformation der Gesellschaft.

Besonders hinderlich bei der Untersuchung waren zudem die rigiden Datenschutzbestimmungen im sachsen-anhaltinischen Hauptstaatsarchiv in Magdeburg, die den Zugriff auf Akten zu wichtigen einzelnen Enteignungsfällen versperrten. Nur mit der Hilfe der direkten Nachkommen, wie u. a. von Dr. Camillo Freiherr von Palombini und Werner Kirsche, war es möglich, einige Enteignungsfälle näher zu erforschen.

Im heutigen Kreisarchiv des Landkreises Elbe-Elster in Herzberg existierten nur noch wenige Quellen über die Arbeit der beiden Kreisverwaltungen in den Jahren 1945 bis 1952. Größtenteils wurden diese Bestände in das Hauptstaatsarchiv Sachsen-Anhalt überführt. Der große hiesige Bestand der regionalen und lokalen Zeitungen sowie der Heimatkalender ermöglichte aber in Herzberg die Erforschung der regionalen Presselandschaft. Außerdem wurden in Herzberg mehrere unveröffentlichte Zeitzeugenberichte sowie regionalgeschichtliche Schriften aufbewahrt. Unter anderen fand sich hier die unveröffentlichte Arbeit von Fritz Wilhelm zur „Geschichte der Arbeiterbewegung des Kreises Bad Liebenwerda 1945 bis 1949“.

Zur Erforschung der Arbeit der sowjetischen Geheimdienste sowie zur Geschichte des Speziallagers Mühlberg bediente sich der Autor vor allem der Datenbanken der Dokumentationsstelle Dresden, des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden e.V. sowie der Initiativgruppe des Lagers Mühlberg e.V. In den Datenbanken der Dokumentationsstelle Dresden waren alle Deutschen, die nach dem Befehl Nr. 00315 des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) verhaftet wurden, aufgelistet. Die Datenbank des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung beinhaltet eine Auflistung aller deutschen SMT-Verurteilten. Die Namenslisten in diesen Datenbanken entstammen den Verhaftungslisten des NKWD/MWD und wurden nach der Öffnung der russischen Archive 1990 erstmals veröffentlicht.

II. Das Untersuchungsgebiet

1. Der Landkreis Liebenwerda

Das Gebiet des späteren Kreises Liebenwerda wurde erst mit der Festlegung der neuen Grenzen im Friedenstraktat vom 18. Mai 1815 von Sachsen an Preußen übergeben.¹ Die preußische Verwaltung ordnete den neu entstandenen Landkreis Liebenwerda, der im Wesentlichen aus den nördlichen Teilen des sächsischen Amtes Hain (Großhain) sowie aus den sächsischen Ämtern Liebenwerda und Mühlberg gebildet wurde, dem Regierungsbezirk Merseburg in der neu entstandenen preußischen Provinz Sachsen zu.²

Der Landkreis Liebenwerda bildete den östlichsten Teil des Regierungsbezirks Merseburg sowie der Provinz Sachsen. Insgesamt umfasste der Landkreis Liebenwerda im Jahr 1939 eine Fläche von 794,36 Quadratkilometern.³ Die Einwohnerzahl betrug im Jahr 1939 insgesamt 88018 Personen.⁴ Stadtrecht besaßen die Ortschaften Bad Liebenwerda, Elsterwerda, Mühlberg, Ortrand, Uebigau und Wahrenbrück. Die Stadt Elsterwerda (zusammen mit der eingemeindeten Ortschaft Biehla) im südlichen Kreisgebiet war mit 8970 Einwohnern die größte Stadt im Kreis.⁵ Aufgrund der rasanten industriellen Entwicklung und der günstigen Lage der Ortschaft an einem Eisenbahnkreuzungspunkt folgte als zweitgrößter Ort Falkenberg mit 6660 Einwohnern. Falkenberg bekam erst in den 1960er-Jahren das Stadtrecht zugesprochen.⁶ Im Osten des Kreises, im sogenannten Mückenberger Ländchen, welches das industrielle Herz des Kreises bildete, lagen die Ortschaften Bockwitz, Lauchhammer, Mückenberg, Dolsthaida, Kleinleipisch und Grünwalde. Diese Ortschaften, die zum großen Teil durch den Braunkohleabbau sowie durch die Eisenverhüttungsindustrie geprägt waren, wurden im Jahr 1950 zur Stadt Lauchhammer zusammengefasst. Im Jahr 1940 lebten insgesamt 21465 Einwohner im Mückenberger Ländchen.⁷ Die zentral gelegene Kreisstadt Bad Liebenwerda, die weniger industriell geprägt war, nahm mit 5026 Einwohnern nur den sechsten Platz unter den größten Ortschaften des Kreises ein.⁸

1 Vgl. Das Friedens-Traktat vom 18.5.1815 (Auszüge). In: Rudolf Jenak, Die Teilung Sachsens. Zur Geschichte der Teilung des Königreiches Sachsens auf der Grundlage der Entscheidungen des Wiener Kongresses 1814- 1815, Dresden 2007, S. 102.

2 Die Stadt Liebenwerda erhielt im Jahr 1925 den Kurortstatus zugesprochen. Dennoch blieb bis zur Verwaltungsreform im Jahr 1952 die Bezeichnung Kreis Liebenwerda üblich.

3 Vgl. Statistisches Reichsamt (Hg.), Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Deutsche Reich auf Grund der Volkszählung 1939, Berlin 1941, S. 12.

4 Ebd., S. 102.

5 Heimatkalender für den Kreis Liebenwerda aus dem Jahr 1942, Bad Liebenwerda 1941, S. 32.

6 Vgl. ebd., S. 32.

7 Ebd., S. 32 f.

8 Ebd., S. 32.

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich die Bevölkerungszahl im Kreis Liebenwerda wesentlich. Die enormen Flüchtlingsströme, die den Kreis bereits Anfang 1945 erreichten, und die große Zahl der späteren Vertriebenen aus dem ehemaligen Osten Deutschlands sowie dem Sudetenland ließen die Einwohnerzahl des Kreises rasant in die Höhe steigen. Bis zum 29. Oktober 1946 stieg die Einwohnerzahl auf 111 583 Einwohner an.⁹ Dies entsprach einer Steigerung zur Vorkriegszahl von etwa 23 Prozent. Die größte Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen bildeten zu diesem Zeitpunkt im Kreis Liebenwerda die Sudetendeutschen mit 12608 zugezogenen Personen, gefolgt von den geflüchteten und vertriebenen Schlesiern, von denen 9221 Personen im Jahr 1946 im Kreis lebten.¹⁰

Um die gestiegene Bevölkerung nach dem Krieg ernähren zu können, bedurfte es besonders in dieser Situation einer leistungsfähigen Landwirtschaft. Im Jahr 1935 betrug die landwirtschaftliche Nutzfläche im Kreis Liebenwerda 49913 Hektar, wovon 36789 Hektar als Ackerland genutzt wurden.¹¹ Auf den im Kreis meist vorhandenen mittleren bis mäßigen Ackerböden (meist rostfarbene Waldböden) wurden vor allem Roggen und Kartoffeln angebaut.¹² Die verschlechterten Bedingungen in der Landwirtschaft, die ebenso wie andere Wirtschaftszweige erheblich unter dem Krieg zu leiden hatte, machten sich besonders im Jahr 1945 bemerkbar. Im Sommer 1945 betrug die Anbaufläche für Roggen nur noch 13700 Hektar, für Kartoffeln 5118 Hektar und für Hafer 3499 Hektar.¹³ Vergleicht man die Anbaufläche der drei Hauptanbauprodukte vor und nach dem Krieg, so entspricht dies einer Verminderung von ca. 20 Prozent.

Zudem wurde durch den Kriegsverlauf im Kreis nach einer Schätzung 4702 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche ganz oder teilweise vernichtet.¹⁴ Ebenso blieben durch die Flucht vieler Bauern vor der heranrückenden Roten Armee viele Felder brach liegen. Beispielsweise betrug im Juli 1945 der Umfang der herrenlosen Flächen im Kreis Liebenwerda immer noch 5269 Hektar.¹⁵ Zu allen ungünstigen Umständen kam hinzu, dass sich kurz nach Kriegsende die Anzahl des Spannvihs deutlich verringerte. Wurden 1944 noch 3740 Pferde im Kreis gezählt, so waren Ende Oktober 1945 nur noch 1800 Pferde vorhanden.¹⁶ Bereits während des Kriegs war die Anzahl des Spannvihs, vor allem durch die

9 Endgültige Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 29.10.1946. In: Beilage zu „Statistische Praxis“, Heft 7, Juli 1948, S. 3.

10 Ebd.

11 Statistisches Reichsamt (Hg.), Bodenbenutzungserhebung 1935, Berlin 1936, S. 78–85.

12 Vgl. ebd.

13 Protokoll über die Konferenz der Bürgermeister des Kreises Liebenwerda vom 3.7.1945 (LHASA, MER, K 13, Bad Liebenwerda, Nr. 93, S. 8).

14 Bericht der Kommission zur Überprüfung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Kreise Liebenwerda vom 27.1.1946 (LHASA, MER, K 12, BV Merseburg, Nr. 11, Bl. 93).

15 Protokoll über die Konferenz der Bürgermeister des Kreises Liebenwerda vom 3.7.1945 (LHASA, MER, K13, Bad Liebenwerda, Nr. 93, S. 15).

16 Vgl. Protokoll über die Konferenz der Bürgermeister des Kreises Liebenwerda vom 29.10.1945 (LHASA, MER, K 13, Bad Liebenwerda, Nr. 93, S. 8).

Abgabe an die Wehrmacht, verringert worden. Dies verschlechterte sich jedoch nochmals erheblich durch die sowjetischen Viehrequisitionen, mit denen kurz nach Kriegsende die besten Tiere in die Sowjetunion transportiert wurden.

Die Kleinbauern mit einem Besitz von 0,5 bis 5 Hektar besaßen im Jahr 1939 mit 2293 Betrieben etwa die Hälfte aller Betriebe über 0,5 Hektar im Landkreis. Sie verfügten aber lediglich über 9,7 Prozent der Gesamtbetriebsfläche. Die wenigen Großgrundbesitzer mit über 100 Hektar Besitz, die neben der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LNF) meist große Waldbestände besaßen, konnten dagegen im Jahr 1939 etwa ein Viertel (26,8 Prozent) der gesamten Betriebsfläche im Kreis nutzen. Diese sehr ungleiche Verteilung des landwirtschaftlichen Besitzes, die im deutschen Osten noch gravierender als im Kreis Liebenwerda war, sollte später, neben dem politischen Säuberungsgedanken, die Hauptbegründung der Bodenreform darstellen. Der Großgrundbesitz war meist im wenig industrialisierten Westen und Süden des Kreises anzutreffen. Das größte private Gut im Kreis bewirtschaftete Ernst Brendel in Martinskirchen mit einer Größe von 694 Hektar.¹⁷ Trotz des großen Anteils der Großgrundbesitzer an der Gesamtbetriebsfläche wurde die Landwirtschaft im Kreis aber zum großen Teil von Mittel- und Großbauern getragen. Die Mittelbauern besaßen 32,9 Prozent, die Großbauern 28,7 Prozent der gesamten Betriebsfläche. Dies entsprach ca. zwei Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsfläche im Kreis Liebenwerda.¹⁸

Die industrielle Entwicklung im Kreisgebiet begann bereits im 18. Jahrhundert. Ausgangspunkt der industriellen Entwicklung im Kreis Liebenwerda war die Gründung des Eisenwerkes Lauchhammer durch Freifrau von Löwendahl im Jahr 1725.¹⁹ Mit der Einführung des Kunstgusses in Lauchhammer erlangte das Werk im 19. Jahrhundert einen deutschlandweiten Ruf.²⁰ Allerdings steckte, von Lauchhammer abgesehen, die Industrie im restlichen Kreisgebiet Mitte des 19. Jahrhunderts immer noch in den Kinderschuhen. Laut einer Statistik aus dem Jahr 1867 arbeiteten im Kreisgebiet zu diesem Zeitpunkt lediglich zehn Dampfmaschinen, wovon sechs allein im Eisenwerk Lauchhammer betrieben wurden.²¹

17 Auflistung aller Treuhänder für die Güter im Kreise Bad Liebenwerda vom 1.12.1945 (LHASA, MER, K 13, Bad Liebenwerda, Nr. 111, Bl. 52–65). Neben dem Gut von Ernst Brendel besaß die Mittelstahl AG Lauchhammer, die zum Flick-Konzern gehörte, eine Fläche von 1255 Hektar, die allerdings weitestgehend zum Braunkohleabbau vorgesehen war.

18 Vgl. Statistisches Reichsam (Hg.), Landwirtschaftliche Betriebszählung. Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 17.5.1939, Berlin 1943, S. 250 f.

19 Vgl. Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Schwermaschinenbau Lauchhammerwerk (Hg.), 200 Jahre Kunstgießerei Lauchhammer 1784–1984, Lauchhammer 1984, S. 9.

20 Vgl. ebd., S. 10–15; Linke-Hofmann-Lauchhammer AG (Hg.), 200 Jahre Lauchhammer 1725–1925, Lauchhammer 1925, S. 17–25.

21 Heinrich Nebesieck, Geschichte des Kreises Liebenwerda, Halle (Saale) 1912, S. 115.